

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



Januar 2006

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem Rundbrief findet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Ergebnisse der GAR-Jahreshauptvers. / Unterstützung bei Landtagswahl
2. Fragenkatalog zur Einbürgerung
3. Contracting-Offensive der dena
4. Kommunale Strategien WEG VOM ÖL
5. Broschüre zum Beteiligungshaushalt
6. Kommunale Gebäude ohne Fluorkohlenwasserstoffe
7. Anhörung zur Verwaltungsreform im Landtag am 15. 2. 2006
8. Weiberfastnacht mit Renate Kühnast – Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung
9. Neue AKP ist erschienen – Thema Wasser und Abwasser
10. Zukunftsmusik für unsere Innenstädte
11. Wer möchte OB werden?

### **1. Bericht von der GAR-Jahreshauptversammlung**

Durch das Interesse der diskussionsfreudigen GAR-Mitgliedern war die Jahreshauptversammlung eine informative und rundum erfreuliche Veranstaltung. **Winfried Kretschmann**, der Spitzenkandidat für die Landtagswahl warb für die Kommune als „Ort des Sozialen“, dem bei der Neuorganisation der sozialen Sicherung eine größer werdende Bedeutung zukommt. Voraussetzung für eine konsequente Subsidiarität sei allerdings das Mitspracherecht bei allen die Kommune betreffenden Gesetze und eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen. In der anschließenden Debatte wurde ausgelotet, wie viel mehr Freiheit einerseits und wie viel ökologische und soziale Leitplanken andererseits notwendig sind.

Für den **Haushalt** 2004 wurde dem GAR-Vorstand einstimmig die Entlastung erteilt. Der Haushalt 2005 lag zusammen mit der Jahresendrechnung für 2005 vor und wurde ebenfalls einstimmig gebilligt. Der Haushalt 2006 wurde einstimmig verabschiedet. Er steht auf der GAR-Internetseite und kann im GAR-Büro bestellt werden. Die Landesrechnungsprüfung hat der GAR eine korrekte Buchführung bescheinigt und die erfolgreiche Mitgliederwerbung ausdrücklich gelobt. Durch den Ist-Stand von 448 Mitgliedern können die Beiträge voraussichtlich weitere fünf Jahre stabil gehalten werden.

Bei den **Vorstandswahlen** kandidierten alle bisherigen Vorstandsmitglieder erneut und wurden in geheimer Abstimmung jeweils einstimmig gewählt: Uli Sckerl (Weinheim), GAR-Vorsitzender, Ursula Marx (Stuttgart), Gisela Splett (Karlsruhe), GAR-Vorstandsmitglieder, Jürgen Hirning (Gomaringen bei Tübingen), Schatzmeister.

Bei der Planung für die Arbeit im Jahr 2006 wurden folgende Themen vereinbart:

- **Hartz IV**: Seminar für Kreistage und kreisfreie Städte
- Seminar über Rechte und Pflichten der GemeinderätInnen (Gemeindeordnung, Hauptsatzung, Geschäftsordnung)
- Folgetreffen der grün-alternativen Mitglieder **in Aufsichtsräten von Stadtwerken**
- **Demographischer Wandel**  
dazu zum Beispiel Flächennutzungspläne vor dem Hintergrund der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung – aber auch die veränderten Anforderungen an die künftige kommunale Infrastruktur.
- Die **Zukunft der Regionen in Baden-Württemberg**: Vernetzung unter den RegionalrätInnen zum Informationsaustausch und zur Weiterentwicklung des Regionalgedankens (siehe nächsten Punkt)
- **Debatten über einen zukunftsfähigen Verwaltungsaufbau im Land**: welche Ebene kann welche Aufgaben am besten lösen, welche derzeitige Ebene könnte wegfallen, welche Rolle und welchen Zuschnitt, welche Verfasstheit soll künftig den Regionen zukommen.

Außerdem versicherten die anwesenden GAR-Mitglieder, dass sie die örtlichen Kandidatinnen bei der Landtagswahl unterstützen wollen.

## **GAR unterstützt KandidatInnen bei der Landtagswahl**

Liebe Mitglieder, liebe grüne und alternative KommunalpolitikerInnen, der Landtagswahlkampf kommt langsam aber sicher auf Touren..... und Kommunalpolitik, insbesondere das Verhältnis Land/Kommunen, und hier wieder besonders die Finanzbeziehungen, sprich der anhaltende Raubzug des Landes gegen die kommunalen Kassen, müssen eine herausragende Rolle spielen.

Wir haben überall hoch motivierte KandidatInnen, aber natürlich kommen nicht alle aus der Kommunalpolitik. Es ist in den nächsten Wochen besonders wichtig, dass Ihr vor Ort Eure KandidatInnen „breeft“ und unterstützt.

Denn die Wählerinnen und Wähler beschränken sich an Infoständen und bei sonstigen Wahlveranstaltungen nicht auf landespolitische Themen – im Gegenteil, diese spielen oft sogar eine untergeordnete Rolle. Das Interesse gilt allen politischen Themen, egal welche Ebene zuständig ist, und nicht selten spielen lokale Fragen eine wichtige Rolle. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die grünen KandidatInnen von den KommunalpolitikerInnen unterstützt und begleitet werden. Es ist ein großer Vorteil, wenn die Kandidatin oder der Kandidat weiß, was am Ort gerade diskutiert wird und welche Position die örtlichen Grünen vertreten.

Also: Sucht den Kontakt, geht mit zu Infoständen und unterstützt die örtlichen Wahlveranstaltungen durch Eure Sachkunde. Macht die KandidatInnen mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut, „setzt“ sie auf knackige örtliche Themen und macht zusammen was. Ladet Euren Kandidaten / Eure Kandidatin zur nächsten Fraktionssitzung ein und weicht sie in das aktuelle Geschehen ein.

Die GAR unterstützt die KandidatInnen und Euch gerne mit Infos und Argumentationshilfen. Meldet Euch bei Bedarf in der GAR-Geschäftsstelle! Wir sind sicher: Eure Aktivitäten werden sich im Landtagswahlergebnis positiv niederschlagen.

Besten Dank und gute Grüße

von der GAR-Geschäftsführerin und vom GAR-Vorstand

## **2. Fragenkatalog für die Ausländerbehörden**

Trotz breiter berechtigter Kritik an den Fragen, hat die Landesregierung weder die Aktion zurückgenommen noch den Text verändert. Wer in den Stadt- und Landkreisen dieses Thema aufgreifen möchte, findet den Wortlaut des Fragenkataloges auf der GAR-Internetseite unter Aktuell <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1365> oder kann den Text im GAR-Büro anfordern.

## **3. Contracting bei kommunalen Gebäuden**

Obwohl Energie-Spar-Contracting einen gewaltigen Beitrag zur Energieeinsparung leisten kann, und obwohl es für Kommunen mit geringen Eigenmitteln für Investitionen geradezu der Königsweg zu Energie-Spar-Investitionen ist, muss dieses Verfahren mancherorts wie saures Bier angepriesen werden. Wer Argumente sucht, hat jetzt zwei hervorragende Quellen. Zum einen die Internetseite [www.contractingoffensive.de](http://www.contractingoffensive.de) und zum anderen die Broschüre der Deutschen Energie Agentur (dena). Die Broschüre ist erhältlich unter [bestellung@zukunftshaus.info](mailto:bestellung@zukunftshaus.info) oder per Fax 030 47611019 oder per Post: dena c/o mailbox PF 200458, 13514 Berlin zum Preis von 3,50 € pro Exemplar. Immerhin wird 58% des öffentlichen Energiebedarfes in kommunalen Gebäuden verbraucht. Folglich sind auch die Kommunen in besonderem Maße gefordert, ihre Gebäude energetisch zu sanieren.

## **4. Kommunale Strategien WEG VOM ÖL**

Die steigenden Energiepreise erhöhen das Interesse an einem Thema, das eigentlich auch ohne finanzielle Daumenschrauben von größtem Interesse sein müsste: Was können Kommunen tun, um weniger fossile Energie zu verbrauchen und so einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung hat ein neues Schwerpunktthema ins Internet gestellt: Kommunale Strategien weg von Öl und dort eine ganze Reihe informativer Artikel und interessanter Buchtipps und Links eingestellt. Ihr findet diese Zusammenstellung unter <http://www.kommunale-info.de/index.html/?asp/ThemenPaketAnzeige.asp?ThemenpaketId=1008700>. Ein 117-seitige Studie zum kommunalen Klimaschutz habe ich unter dieser Adresse gefunden und für die GAR-Internetseite herunter geladen. [http://gar-bw.de/fileadmin/gar/pdf/Energie\\_und\\_Klima/kommunaler\\_Klimaschutz.pdf](http://gar-bw.de/fileadmin/gar/pdf/Energie_und_Klima/kommunaler_Klimaschutz.pdf) Diese Broschüre kann auch als Datei oder in Papierform im GAR-Büro bestellt werden.

## **5. Broschüre zum Bürger- und Beteiligungshaushalt**

Das Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg hat Arbeitsmaterialien zum Bürger- und Beteiligungshaushalt erstellt. Neben der Pioniergemeinde Rheinstetten werden noch weitere Beispiele und Modelle für einen

Bürger- und Beteiligungshaushalt ausführlich geschildert. Eine Beschreibung der wichtigsten Schritte helfen beim Einstieg in diese Methode der Bürgerbeteiligung. Ihr findet diese 33-seitige Broschüre auf der GAR-Internetseite unter Finanzen <http://gar-bw.de/index.php?id=1382> oder könnt sie als Datei oder in Papierform im GAR-Büro bestellen. Weitere Informationen unter [www.buergerhaushalt.de](http://www.buergerhaushalt.de).

## **6. Kommunale Gebäude ohne Fluorkohlenwasserstoffe**

Nachdem die FluorChlorKohlenwasserstoffe (FCKW) als Schäumungsmittel in Dämmstoffen verboten waren, kam ein neues Schäumungsmittel auf den Markt, was nicht minder schädlich für das Klima ist: Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW und H-FCKW). In einem Briefwechsel mit dem für Landesbaumaßnahmen zuständigen Finanzminister Statthaus konnte Walter Witzel (MdL) erreichen, dass das Land künftig auch auf diese Treibhausgase bei Dämmstoffen für Landesbaustellen verzichtet und auf unschädliche Alternativen ausweicht. Wer eine vergleichbare Initiative auf kommunaler Ebene starten möchte, kann den Briefwechsel in Papierform im GAR-Büro bestellen.

## **7. Anhörung von Grünen und SPD zur Verwaltungsreform im Landtag**

Am Mittwoch, den 15.2.2006 von 10 bis 13 Uhr veranstalten SPD-Fraktion und Grüne Fraktion gemeinsam eine Anhörung zu den Auswirkungen der Verwaltungsreform. Nähere Informationen findet Ihr im angehängten Programm oder können bei der Grünen Landtagsfraktion erfragt werden: 0711 2063 681. Programm und Anmeldeformular sind auch auf der GAR-Internetseite eingestellt unter <http://gar-bw.de/index.php?id=1360>.

## **8. Weiberfastnacht mit Renate Kühnast am 23. 2. in Stuttgart**

Frauenpower für mehr als einen Tag  
Ladies Lunch on tour  
18 Uhr, TurmForum 21, Hauptbahnhof  
<http://www.boell-bw.de/index.php?id=103&type=1>

## **9. Neue AKP mit Schwerpunktthema Wasser und Abwasser**

Tröpfchen für Tröpfchen kommt es aus dem Wasserhahn, in guter Qualität und möglichst nicht so teuer – so in etwa sieht die Idealvorstellung des Verbrauchers aus. Wenn dann nach dem Gebrauch des kostbaren Nasses der Stöpsel aus der Badewanne gezogen oder die Klospülung betätigt wird, soll das Abwasser reibungslos durch ein intaktes Kanalrohrsystem abtransportiert und im Klärwerk so nachhaltig gereinigt werden, dass keine schädlichen Rückstände ins Grundwasser gelangen können. Und fertig ist das Thema "Wasser und Abwasser" – oder ist das nicht vielleicht doch alles etwas komplizierter, als es sich so einfach dahinsagen läßt? Mehr über Wasser und Abwasser in unserem neuesten Heft. Weitere Themen sind: Bürgerbeteiligung, Biokraftstoffe, AKP-Jahresindex 2005 Das Inhaltsverzeichnis ist unter [www.akp-redaktion.de](http://www.akp-redaktion.de) zu finden. Ein AKP-Exemplar kostet 9 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Das AKP-Abo kostet 52,- € (6 Hefte). Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, [akp@akp-redaktion.de](mailto:akp@akp-redaktion.de)

## 10. Zukunftsmusik für unsere Innenstädte – Bitte ein BID

Gerhard Schick (MdB Mannheim), Gabriele Thirion-Brenneisen (Stadträtin Mannheim)

### „Bitte ein BID“ – Wie wir unsere Innenstädte attraktiver gestalten können

Unter dem Spruch: „Bitte ein BID“ verstehen heute die meisten Menschen den Wunsch nach einer bestimmten Biermarke. Zukünftig werden sie, wenn wir unser Landtagswahlprogramm umsetzen können, mit der Abkürzung BID auch ein Instrument zur Stärkung und Wiederbelebung von Innenstädten verbinden. BID steht für Business Improvement District (wirtschaftsverbessernde/-fördernde Stadtteile).

Innenstädte stehen heute vor großen Problemen: Auf der „grünen Wiese“ entstehende große Einkaufszentren und Factory Outlet Center, und auch der steigende Umsatz des Internethandels macht den Einzelhändlern schwer zu schaffen. Wohnen in der Innenstadt verkümmert zur Randfunktion. Als Folge verlieren innerstädtische Bezirke an Attraktivität für Investitionen und Wohnen, was die Attraktivität weiter vermindert. Der Innenstadt droht eine Abwärtsspirale. So nahm in den vergangenen Jahren die Leerstandsquote in baden-württembergischen Städten teilweise stark zu. Um die Abwärtsspirale in ihren Innenstädten zu beenden, entwickelten in den 1970er Jahren die USA und Kanada das Konzept Business Improvement District. Mittlerweile ist das sehr erfolgreiche Konzept bis nach Australien und in einige deutsche Bundesländer gedrungen – nur unsere Landesregierung hat dieses erfolgreiche Konzept verschlafen.

Das BID ist ein Instrument, mit dem ein räumlich und zeitlich begrenztes Gebiet eines Stadtbezirkes für Anwohner, Besucher und Gewerbetreibende attraktiver gestaltet werden kann. In diesem Gebiet schließen sich Gewerbetreibende und Grundeigentümer freiwillig und mit Unterstützung und Förderung der Stadt zu einem BID zusammen. Finanziert wird ein BID von Zwangsabgaben, die von städtischer Seite von den Gewerbetreibenden und Grundeigentümern in einem BID-Gebiet zusammen mit der Grundsteuer eingenommen werden. Diese Abgaben fließen sämtlich einer nicht-staatlichen BID-Gesellschaft zu, die einen mehrjährigen Aufwertungsplan erstellt, sich um das Marketing kümmert, Events und Veranstaltungen organisiert und den öffentlichen Raum, Parks und Straßen pflegt. Diese Zwangsabgaben sind bei einem BID nötig, damit das Problem von Trittbrettfahrern nicht entsteht: Das sind diejenigen, die nicht zur Finanzierung der Stadtverbesserung beitragen, aber von der schöneren und attraktiveren Innenstadt profitieren. Wer von öffentlichen Gütern profitiert, soll auch seinen Beitrag dazu leisten.

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass die Vorteile eines BID seine Kosten weit übersteigen. Einzelhändler erleben eine gesteigerte Kundenfrequenz und wachsende Umsätze. Insgesamt wird der innerstädtische Bereich für Einkäufe, Bummeln und Freizeitgestaltung attraktiver: Die Lebensqualität für die Einwohner steigt, Grundeigentümer dürfen sich über einen Wertzuwachs ihres Eigentums freuen. Mit dem Konzept des Business Improvement District können wir also die bisher beklagte Abwärtsspirale der Innenstädte und der Stadtteile beenden.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, die rechtlichen Grundlagen in Baden-Württemberg für die Einrichtung von BIDs zu schaffen. Dann kann auf kommunaler Ebene geprüft werden, ob diese Möglichkeit für die Bedingungen vor Ort passt. Wie die meisten Wirtschaftsförderkonzepte sind auch BIDs kein Allheilmittel für alle Situationen. Für größere Städte, wie bei uns in Mannheim, wo Gewerbetreibende in Teilen des Zentrums und einzelnen Stadtteilen einen Niedergang beklagen und Quartiermanager eingesetzt werden, um diesen zu stoppen, könnten BIDs eine positive Wirkung entfalten. Ähnliches gilt u.E. für kleinere Städte.

Allerdings müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein, bevor wir einem BID zustimmen. Ein Business Improvement District sollte nur dann entstehen, wenn eine breite Mehrheit der daran beteiligten Akteure das möchte. Die Zwangsabgaben sind sonst nicht zu legitimieren, und der Widerstand wäre von Anfang an zu groß. In den USA gilt die Regel, dass mindestens 60% des Gewerbes und der Grundeigentümer zustimmen müssen. Ein BID scheitert auch dann, wenn mehr als 30% nicht zustimmen. In diese Richtung müssen auch wir uns bewegen.

Aber wir dürfen der Wirtschaft nicht die Oberhoheit über den öffentlichen Raum überlassen. Demokratisch gewählte Gremien wie der Gemeinderat müssen der Bildung eines BID zustimmen. Größere Bau- und Umgestaltungsvorhaben bedürfen einer breiten Beteiligung von Bürgern und Institutionen aus dem BID. Es sollen nicht nur die Fassaden der Gebäude verschönert werden – wir brauchen auch mehr Grün in unseren Innenstädten, mehr Fahrradwege und ökologisch sinnvolle Stadtplanung. Selbstverständlich muss gesetzlich verhindert werden, dass die Zwangsabgabe auf die Mieten umgelegt wird. Dies würde nur zu sozialen Verdrängungseffekten führen. Wohnflächen müssen deshalb auch von der Zwangsabgabe frei bleiben. Die Bewohner eines Stadtquartiers können ja auch keine wirtschaftlichen Vorteile aus der Standortverbesserung ziehen. Und ein Faktum aus den USA wollen wir auch nicht übernehmen: Dort sorgen private Sicherheitsdienste für die Sicherheit in den Straßen und Plätzen der BID-Bezirke. Das geht natürlich nicht: Öffentliche Sicherheit muss weiterhin eine staatliche Aufgabe bleiben.

In Nordamerika existieren mittlerweile über 1200 BIDs. Ein Jahresbericht über einen BID in Los Angeles lässt sich unter [http://www.downtownla.com/about\\_us.asp](http://www.downtownla.com/about_us.asp) herunterladen. Eine wissenschaftliche Studie über die BIDS entstand am Massachusetts Institute of Technology ([http://web.mit.edu/11.204/www/webportfolio/BID/BID\\_Intl\\_BID\\_Project.html](http://web.mit.edu/11.204/www/webportfolio/BID/BID_Intl_BID_Project.html)). In Deutschland befindet sich die BID-Entwicklung noch in den Anfängen. Das Land Nordrhein-Westfalen gab 2001 ein Gutachten in Auftrag, das die Möglichkeiten und Grenzen von Business Improvement Districts in NRW untersuchte ([www.d-plan.de/Bid-Gutachten16.pdf](http://www.d-plan.de/Bid-Gutachten16.pdf)). Hamburg startete am 17. August 2005 das erste BID in Deutschland (<http://www.bid-1.de/>), nachdem der Hamburger Senat ein „Gesetz zur Stärkung des Einzelhandels- und Dienstleistungszentren“ Ende 2004 verabschiedet hat. Während Nordrhein-Westfalen bisher auf ein Landesgesetz, das die Bildung von BIDs regelt, verzichtet hat, ist ein solches Landesgesetz in Hessen im Entstehen. In Schleswig-Holstein hat im September die Grüne Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf, der sich an das Hamburger Gesetz orientiert, in den Landtag eingebracht, der unter: [http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/presse/dok/86/86206.bitte\\_ein\\_bid\\_kaufkraft\\_in\\_die\\_innenstae.htm#](http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/presse/dok/86/86206.bitte_ein_bid_kaufkraft_in_die_innenstae.htm#) einzusehen ist.

## 11. Wer möchte OB werden?

Die Grünen in Schorndorf und die Grünen und Alternativen in Tübingen suchen KandidatInnen für die anstehenden OB-Wahlen. Kontaktadressen stehen auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1357> oder können im GAR-Büro erfragt werden.

Mit freundlichen Grüßen

